



„So sparen Sie sozialverträglich Millionen“



Exklusiv-Interview mit Frau Iles vom Verein 50plus outIn work

Statt Flaniermeile Obdachmeile für ältere Jobsuchende an der Bahnhofstrasse

Job weg mit 50, nun soll auch noch die Wohnung weg? Wer für sein Zuhause mehr als 850 Franken zahlt, muss sie kündigen. So wollen es Sozialbehörden und Sozialkommission der Stadt Luzern. Kreative ältere Köpfe haben nun aber eine sensationelle Win-Win-Lösung gefunden: Statt einer millionenteuren Flaniermeile soll an der Bahnhofstrasse eine Obdachmeile für Erwerbslose 50plus entstehen. Die lautstärkste Partei PVS hat ihre Unterstützung bereits zugesichert.



Frau Iles, was hat Ihren Verein zu diesem kreativen Wurf beflügelt?

Wut und Trauer über das Abschmettern der Volksmotion «Anpassung der Mieten an Luzerner Verhältnisse für ältere Erwerbslose» durch die Sozialkommission der Stadt Luzern. Wie können so vermeintlich nette Menschen es zulassen, dass ältere Jobsuchende nebst dem Job auch noch das traute Heim verlieren, nur weil ihre Miete einige Fränkli über dem willkürlich festgelegten Limit von 850 Franken liegt? Ohne rot zu werden behaupten die Netten, es sei kein Problem, in der Stadt Luzern eine günstigere Wohnung zu finden. Die Realität zeigt ein ganz anderes Bild.

Ein Bekannter von mir zahlt nur 700 Fränkli Miete.

Schön für ihn. Aber solche Glückspilze verlassen ihre Bleibe leider in den seltensten Fällen. Die Durchschnittsmiete für eine 2-Zimmer-Wohnung lag bereits 2011 bei 1026 Franken. Seitdem sind die Mietpreise für Leerwohnungen weiter gestiegen. Die Zuwanderung von Arbeitssuchenden aus dem Ausland hat den Mangel an zahlbarem Wohnraum zusätzlich verschärft. Alleine im Jahr 2012 verzeichnete die Stadt einen Bevölkerungszuwachs von rund 1700 Personen.

Der tiefe Referenzzinssatz hat doch auch Mieter beglückt.

Wer wenig Geld hat, lässt sich von Angst leiten: Viele Vermieter drohen ihren Mietern mit Kündigung, falls sie ihr Recht nach Mietzinsreduktion einfordern. Aber selbst wenn einige langjährige Mieter in den Genuss von Mietzinssenkungen gekommen sind, so profitierten vorwiegend die Eigentümer.

Zwei städtische Volksmotionen, die eine Verbesserung der Sozialhilfeleistungen für ältere einheimische Jobsuchende verlangen, werden vom Parlament am 24. Oktober behandelt. Stadtrat und Sozialkommission lehnen diese ab. Überzeugen Sie Ihre Volksvertreter/innen, damit sie den Anliegen zustimmen.

Besuchen Sie die Ratssitzung!
Rathaus am Kornmarkt, Luzern
Donnerstag, 24.10. / 1. Stock,
16.00 Uhr (ID/Ausweis vorweisen)

Volksmotion 1

Anpassung der Mietzinsobergrenzen bei der Sozialhilfe an Luzerner Mietverhältnisse.

◀ Lesen Sie dazu das Interview.

Wie kommen Sie zu dieser Behauptung?

Die Niedrigzinspolitik hat die Spekulation mit Wohnraum angeheizt. Wer vor zehn Jahren eine Eigentumswohnung gekauft hat, kann diese heute zum doppelten Preis verkaufen. Das Geld der Eigentümer vermehrte sich so ohne Arbeit. Leidtragende sind jene Menschen, die mit einem schmalen Budget durchkommen müssen. Sie können die als Folge der Wohnraum-Spekulation gestiegenen Mieten schlicht nicht bezahlen.

Uns geht es doch gut in der Schweiz?

In der Stadt Luzern leben rund 4000 Personen von Ergänzungsleistungen (EL). Für sie liegt die Mietzinsobergrenze bei einer Bruttomiete von total 1276 Franken, also etwas höher als bei der Sozialhilfe. Laut Bundesamt für Sozialversicherungen decken die EL-Mietzinsobergrenzen bei einem Viertel die aktuellen Kosten nicht. Allein in der Stadt Luzern trifft das auf 1000 Personen zu!

Der Stadtrat erhöht die Mietzinsobergrenze für Erwerbslose 50plus nicht, weil er Arbeitslose nicht besser stellen will als Arbeitende.

Damit suggeriert er, Arbeitslosigkeit im Alter sei ein selbst gewähltes Privileg. Das Gegenteil trifft zu. Nebst hohen Verlusten bei der Altersversicherung verursacht der Verlust der Arbeit im fortgeschrittenen Alter bei Betroffenen grosses psychisches und oft auch körperliches Leid. Dies vor allem in einem Land wie der Schweiz, wo Arbeit einen hohen Stellenwert hat. Vertreibt man ältere Arbeitslose auch noch aus ihren meist bescheidenen Behausungen, beraubt man sie der letzten Würde. Selbst gut qualifizierten, älteren Jobsuchende droht die Obdachlosigkeit.

Für diese Betroffenen fordern Sie jetzt die Obdachmeile an der Bahnhofstrasse?

Exakt. Die Schweizerische Bundesverfassung sichert seinem Volk eine angemessene Wohnsituation zu. Die Lage an der Reuss im Herzen der Stadt ist ideal für preisgünstige Obdachbehauungen für Arbeitslose 50plus. Die Stadt würde dadurch auch noch jene Millionen einsparen, die für die unsinnige Flaniermeile eingeplant sind. Ein weiterer Vorteil bestünde darin, dass mit dem «Mahnmal der Obdachmeile an der Bahnhofstrasse» das Problem «ältere Jobsuchende» allgegenwärtig wäre. Das nennt sich visionäre Integrationspolitik. Win-Win für alle.

Die Wirtschaft redet von Fachkräftemangel. Da wartet doch garantiert auch ein Job für einen attraktiven Silberfuchs wie Sie?

Im globalen Rennen um die Profite bevorzugen viele Unternehmen jüngere billige Arbeitskräfte aus dem Ausland. So warb jüngst die Wirtschaftsförderung Luzern im Ausland um die Niederlassung von Unternehmen in Luzern mit dem Hinweis auf die tiefsten Unternehmenssteuern und die billigen, jungen Arbeitskräfte, die dank des Freizügigkeitsabkommens (FZA) aus dem Ausland geholt werden dürfen. Solch zynische Werbung wird auch noch zur Hälfte mit Steuergeldern finanziert! Man behandelt einheimische Alte zunehmend wie Sondermüll auf dem Arbeitsmarkt.

Junge flexible Arbeitnehmende sind nun mal effizienter als Alte.

Studien belegen, dass die Produktivität steigt, wenn der Anteil der 45- bis 50-Jährigen an der Gesamtbelegschaft erhöht wird. Selbst wenn der Anteil der über 50-Jährigen grösser wird, ist ein positiver Effekt gegeben. Ältere zeichnen sich aus durch hohes Qualitätsbewusstsein, Loyalität, Erfahrungswissen, Arbeitsmoral und Disziplin und höhere Belastbarkeit. Doch nur wenige Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sind bereit, das auch mit Wertschätzung zu honorieren.

Sie haben die Redaktion restlos überzeugt. Wir wünschen Ihnen für die Realisierung der Obdachmeile viel Erfolg.

Excüsi, noch lieber wäre uns, der Grosse Stadtrat würde an der Sitzung vom 24. Oktober 2013 die beiden Volksmotionen gutheissen.

Volksmotion 2

„Kein Zwang zur Aufkündigung von Alternativ Zusatzversicherungen“ für Jobsuchende 50plus

Immer mehr ältere Jobsuchende landen auf dem Sozialamt. Das Sozialamt zwingt Betroffene, ihre Alternativ-Zusatzversicherungen aufzukündigen. Die Kündigung lässt sich bei Antritt einer neuen Stelle für Personen 50plus und Risikopatienten nicht rückgängig machen. Somit verbleiben Betroffene ein Leben lang ohne diese Leistungen, die besonders für ältere Alleinlebende wichtig sind, aber auch während der Zeit des Sozialhilfebezuges.

Folgende Leistungen sollten nicht aufgekündigt werden:

- Haushaltshilfe
 - diverse Hilfsmittel in der Altenpflege
 - Innovative Behandlungsmethoden
 - Zugang zu Naturärzten
 - Psychologische Behandlung
- (Angebote der Grundversicherung sind über Monate nicht verfügbar)

Im längerfristigen Interesse der Sozialhilfe-Betroffenen aber auch demjenigen von Kanton und Gemeinden sollen die monatlichen Mehrkosten von rund 60 Franken bei Risikopatienten und Personen 50plus von der Sozialhilfe übernommen werden.



Gegen Diskriminierung des Alters auf dem Arbeitsmarkt.

Verein 50plus out In work

Postfach 3649
CH-6002 Luzern
www.50plusoutinwork.ch
info@50plusoutinwork.ch

Spenden

Alternative Bank
CH-4601 Olten
Konto-Nr. 321.466.100-05
IBAN-Nr.
CH02 0839 0032 1466 10005